



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
pers. E-Mail: Claus.Hamacher@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Aktenzeichen: IV 992-00 ha/do
Ansprechpartner: Beigeordneter Hamacher
Hauptreferent Wohland
Durchwahl 0211 • 4587-220/-255

5. Februar 2010

Je besonders an:

die Mitglieder und stellvertretenden
Mitglieder des Ausschusses für Finanzen
und Kommunalwirtschaft (s. Anlage)

**Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft
Niederschrift der 140. Sitzung am 03.02.2010 in Voerde**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage übersenden wir Ihnen die Niederschrift über die 140. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft am 03.02.2010 in Voerde.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft wird nach der Mitgliederversammlung und der Neubesetzung der Ausschüsse am 14.04.2010 in Kerpen stattfinden. Wir bitten um Vormerkung des Termins.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung:

(Claus Hamacher)

Anlage



Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft

Vorsitzender: Bm. Kuper, Rietberg
Stellv. Vorsitzender: Beig./Kämmerer Freytag, Brühl

Mitglieder:

CDU

Bm. Diks, Emmerich
Bm. Spitzer, Voerde
Kämmerer Schulz, Overath
1. Beig. Knopp, Kerpen
Bm. Pracht, Nettersheim
1. Beig. Dr. Blau, Gummersbach
Bm. Hachmann, Rahden
Bm. Kuper, Rietberg
Bm. Lührmann, Borken
Bm. Dr. Strothmann, Beckum
Bm. Baumann, Breckerfeld
1. Beig. Strotmeier, Lippstadt

SPD

Beig. Freytag, Brühl
Bm. a.D. Oberbüscher, Engelskirchen
Beig. Schiefer, Erkrath
Frak.vor. Koch, Beckum
1. Beig. Mecklenbrauck, Bergkamen
Bm. Müller, Plettenberg
Bm. Heller, Detmold

Bündnis 90/Grüne

Frak.vors. Dreischenkemper, Reken
Beig./Käm. Klug, Wesel

FDP

1. Beig. Vogt, Kaarst
Frak.vors. Ruppert, Haan

Parteilose

Bm. Hansen, Hünxe

Stellvertreter:

CDU

Bm. Janssen, Geldern
N.N.
Bm. a.D. Borghorst, Geilenkirchen
Kämmerer Schmitz, Euskirchen
Beig. Thelen, Pulheim
Frak.vors. Nußbaum, Weilerswist
Bm. Stickeln, Warburg
Bm' in a.D. Frau Kleine-Döpke-Güse, Bünde
Bm. Öhmann, Coesfeld
Bm. Rauen, Wettringen
Bm. Müller, Olpe
Beig. König, Schmalleberg

SPD

Beig. Wermbter, Odenthal
stellv. BM Bachmann, Rösrath
Bm. Thiele, Hilden
Bm. Vennemeyer, Greven
1. Beig. Mölle, Unna
1. Beig. Hoffmann, Hilchenbach
Bm. Klaus, Schieder-Schwalenberg

Bündnis 90/Grüne

Frak.vors. Wagener, Bad Salzuflen
Frak.vors. Kolmorgen, Dormagen

FDP

1. Beig. Abruszat, Porta Westfalica
Rm. Matthies, Porta Westfalica

Parteilose

Bm. Walter, Warendorf

Ständige Gäste:

Bürgermeister Birkenkamp, Ratingen
Beigeordneter/Kämmerer Hartmann, Paderborn
LMR Mnich, Innenministerium NRW
Geschäftsführer Moraing, VKU - Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Köln
1. Landesrat/Kämmerer Dr. Baur, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster
Bürgermeister Rolfsmeyer, Hiddenhausen
Bürgermeister Dr. Ruthemeyer, Soest
Kämmerer Thoenes, Moers
Erste Landesrätin Hötte, Landschaftsverband Rheinland, Köln



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Je besonders an:

die Mitglieder und stellvertretenden
Mitglieder des Ausschusses für
Finanzen und Kommunalwirtschaft

Aktenzeichen: IV/1 992-00 wo/do
Ansprechpartner: Hauptreferent Wohland
Durchwahl 0211 • 4587-255

N i e d e r s c h r i f t

140. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft am 03.02.2010 in Voerde

I. Teilnehmer:

(s. Anwesenheitsliste)

II. Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift der 139. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft am 23./24.09.2009 in Brüssel
3. Vorstellungen über die weitere Entwicklung der GPA
- 3 a) Aktuelle Situation der Kommunalfinanzen
4. Einheitslastenabrechnungsgesetz
5. Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung
6. Beteiligungssteuerung in öffentlichen Unternehmen
7. Neues Kommunales Finanzmanagement – Stand der Evaluation, insbesondere Gesamtabschluss nach § 116 GO
8. Organisation der Programmprüfung gem. § 103 Abs. 1 Ziffer 6 GO
9. Bericht aus der ifo-Kommission
10. Verschiedenes
 - a) Belastung durch Kreisumlage / Rechtsschutzmöglichkeiten
 - b) Haushaltsumfrage 2009/2010
 - c) Veranstaltung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“
 - d) Konjunkturpaket II – Aktueller Sachstand
11. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

III. Ergebnisse:

Zu Punkt 1 der TO:

Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft, Bürgermeister **Kuper**, Rietberg, eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den anwesenden Ausschussmitgliedern die ständigen Gäste sowie Herrn Haßenkamp, Präsident der GPA NRW, Ministerialrat Quasdorff, Innenministeriums NRW, sowie Beigeordneten Hamacher, Hauptreferenten Wohland und Hauptreferentin Brandt-Schwabedissen von der Geschäftsstelle des StGB NRW. Er dankt der Geschäftsstelle für die Vorbereitung der Sitzung und dem gastgebenden Bürgermeister Spitzer, Voerde, für die Einladung nach Voerde.

Sodann begrüßt Bürgermeister **Spitzer**, Voerde, die Teilnehmer und stellt die Stadt Voerde vor. Er geht dabei insbesondere auf die angespannte Haushaltssituation mit einem Defizit von rd. 13 Mio. Euro bei einem Haushaltsvolumen von 60 Mio. Euro ein. Problematisch sei die Abhängigkeit von wenigen Großgewerbesteuerzahlern. Bei unveränderter Entwicklung drohe ab dem Jahr 2014 die Überschuldung.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Tagesordnung um einen neuen Punkt 3 a) „Aktuelle Lage der Kommunalfinanzen“ ergänzt.

Zu Punkt 2 der TO:

Genehmigung der Niederschrift der 139. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft am 23./24.09.2009 in Brüssel

Die Niederschrift der 139. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft am 23./24.09.2009 in Brüssel wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3 der TO:

Vorstellungen über die weitere Entwicklung der GPA

Herr **Haßenkamp**, Präsident der GPA NRW, erläutert die weitere Entwicklung der GPA. Der PowerPoint-Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Haßenkamp kündigt an, dass die Prüfberichte zukünftig zur besseren Lesbarkeit ein Management Summary enthalten werden. Ab Mitte Februar 2010 werde erstmals die Prüfung auf Basis des NKF stattfinden. Voraussetzung hierfür ist jeweils, dass der Jahresabschluss des Jahres 2007 vorliegt. Die Prüfung soll zunächst erfolgen in 19 mittleren und 10 großen kreisangehörigen Gemeinden. Dabei soll versucht werden, einen fairen Benchmark-Vergleich und eine Clusterung hinzubekommen. Ab August 2010 wird die Prüfung der 31 Kreise und der beiden Landschaftsverbände anstehen. Ab 2011 soll dann die Prüfung der kleinen kreisangehörigen Gemeinden erfolgen. Herr Haßenkamp bittet um Hinweise aus der Praxis für die Fortentwicklung der Prüfungstätigkeit der GPA.

Es schließt sich eine Diskussion mit den Ausschussmitgliedern über die Arbeit der GPA an. Ganz überwiegend wird bescheinigt, dass der zweite Prüfungsdurchlauf deutlich positiver eingeschätzt wird als die jeweils erste Prüfung. Es seien mittlerweile auch Vorschläge in den Prüfberichten enthalten, die für die Praxis einen Mehrwert bringen. Bürgermeister **Dr. Strothmann**, Beckum, regt aber an, mehr zur Begleitung der Umsetzung der Vorschläge

zu tun und Hilfestellung bei der Einwerbung politischer Akzeptanz zu leisten. Im Kreis Warendorf prüften derzeit alle Gemeinden und der Kreis gemeinsam Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit. Hier wird angeregt, evtl. eine Begleitung durch die GPA bei derartigen Vorhaben anzubieten.

Beigeordneter **Freytag**, Brühl, weist auf § 12 GemHVO hin und unterstreicht die Sinnhaftigkeit des interkommunalen Vergleichs durch die GPA. Nach seiner Auffassung sollte eine Ausdifferenzierung bei diesem Vergleich nicht zu weit getrieben werden. Er weist darauf hin, dass es auf steuerungsrelevante Informationen ankomme, wenn man das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren will.

Beigeordnete/Stadtkämmerin **Klug**, Wesel, unterstützt den produktorientierten Ansatz der Prüfung. Sie regt zwei Dinge an: Zum einen müsse das Verhältnis der GPA zur örtlichen Rechnungsprüfung geklärt werden, außerdem sollten die Sporthallen explizit als Prüfungsgegenstand genannt werden.

Bürgermeister **Birkenkamp**, Ratingen, regt an, bei der anstehenden NKF-basierten Prüfung nicht zwingend den 2007er Jahresabschluss vorauszusetzen, sondern evtl. mit vorläufigen Zahlen in die vergleichende Prüfung zu gehen.

Beigeordneter **Hartmann**, Paderborn, führt aus, dass die Benchmark-Zahlen allein nicht weiterhelfen, besser sei, die Spitzengruppe der besten 25 % der Vergleichskommunen heranzuziehen.

1. Beigeordneter/Kämmerer **Knopp**, Kerpen, problematisiert den Aufwand für die überörtliche Prüfung. In Kerpen werden für die aktuelle Prüfung 80.000 Euro veranschlagt. Er fragt, ob die Prüfung mit einem derart hohen Aufwand erforderlich ist; nach seiner Auffassung sei z. B. nicht bei jeder Prüfungsleistung eine personelle Anwesenheit des Prüfers vor Ort zwingend.

Herr **Haßenkamp** erläutert den Vergleichswert der 25 % Besten einer Gruppe. Er weist darauf hin, dass die Qualität der Aufgabenerfüllung nicht Gegenstand der vergleichenden Prüfung ist. Die Qualität einer Verwaltungsleistung müsse jede Gemeinde vor Ort politisch entscheiden. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass auch die bisherige alte Prüfung durch die Kreise bzw. Bezirksregierungen Aufwand erzeugt hat - der war allerdings versteckt in der Kreisumlage. Eine Aufwandsminimierung bei Durchführung der Prüfung zur Kosteneinsparung und damit Gewährleistung von niedrigen Gebühren sei in der GPA als Daueraufgabe anerkannt.

Beigeordneter **Hamacher** fasst die Diskussionsergebnisse sodann wie folgt zusammen: In der zweiten Prüfungsrunde sei ein deutlich verbessertes Verfahren festzustellen, die vorgelegten Kritikpunkte sind nicht neu, sondern liegen auf der Linie der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zu dem Tätigkeitsbericht der GPA. Nach seiner Auffassung werde die konstruktive Kritik von Seiten der kommunalen Spitzenverbände auch nach dem Vortrag von Herrn Haßenkamp konstruktiv in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der GPA einbezogen. Als problematisch sieht Herr Hamacher an, dass bei Kommunen in der vorläufigen Haushaltsführung die Prüfergebnisse von den Kommunalaufsichtsbehörden häufig schematisch übernommen würden, ohne sie im Einzelfall nochmals zu hinterfragen.

Bürgermeister **Walter**, Warendorf, problematisiert die Zeitspanne zwischen dem geprüften Basisjahr und der Vorlage des Prüfberichts. Er schlägt vor, einen aktuelleren Bezug durch Einbezug von vorläufigen Zahlen anzustreben und nicht in jedem Fall auf die Vorlage des Jahresabschlusses zu warten. Ein guter Ansatz sei die Untersuchung der Korruptionsprävention vor Ort. Nach einer gewissen Aufweichung des Vergabeverfahrens im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II müsse der Wirtschaftlichkeitsaspekt in jedem Fall wieder nach vorne gebracht werden.

1. Beigeordneter/Stadtkämmerer **Strotmeier**, Lippstadt, regt an, die GPA als Verbündete gegen Standardsetzungen und Aufgabenzuweisungen von der Landes- und Bundesebene zu gewinnen. Die Finanzverantwortlichen in den Kommunen seien ohne Hilfestellung externen Sachverständigen häufig nicht in der Lage, sich gegen Forderungen von Fachbehörden oder auch Fachpolitikern zur Wehr zu setzen (Stichwort: Brandschutz).

Sodann wird problematisiert, dass den Kommunen bei Vorlage des Prüfberichts häufig die Ansprechpartner in den Vergleichskommunen nicht zur Verfügung stünden. Herr **Haßenkamp** erläutert, die GPA wolle möglichst offen mit den Vergleichen umgehen, allerdings müsse im Einzelfall das Einverständnis der Beteiligten vorliegen.

Ministerialrat **Quasdorff**, IM NRW, sieht unter Hinweis auf das Informationsfreiheitsgesetz keine rechtlichen Hinderungsgründe gegen die Nennung der Vergleichskommunen, die Nennung der Verantwortlichen in der Vergleichskommune ist allerdings wohl nur nach Einholung der Einwilligung möglich.

Bürgermeister **Hansen**, Hünxe, fragt nach Praxiserfahrungen mit dem Umgang der Aufsicht mit den Prüfberichten.

Beigeordneter **Hamacher** erläutert hierzu, dass der Verband durchaus eine härtere Gangart im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung feststellt. Insbesondere aus den Regierungsbezirken Köln und Arnsberg sei dies zu beobachten. Der Verband habe wiederholt vorgetragen, dass die Prüfberichte nicht schematisch in kommunalaufsichtliche Weisungen übernommen werden dürften.

Ministerialrat **Quasdorff** betont die Richtigkeit, die Potentiale aus der Prüfung in die Aufsichtstätigkeit einfließen zu lassen. Ziel der Reform der überörtlichen Prüfung sei auch gewesen, Potentiale zur Haushaltskonsolidierung zu heben. Er ist mit dem StGB NRW aber eins, dass es keine schematische Übernahme der Prüfberichte geben dürfe.

Beigeordnete/Stadtkämmerin **Klug**, Wesel, appelliert schließlich an die Kommunalaufsicht, die eigenen Grenzen zu sehen. Das Ziel müsse sein, die Kommunalverwaltungen möglichst effizient aufzustellen. Die staatliche Aufsicht kann dies in der derzeitigen Organisation nur bedingt leisten.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister **Kuper**, Rietberg, bei Herrn Haßenkamp für die offene Diskussion und den Erfahrungsaustausch. Herr Haßenkamp sagt zu, auch weiterhin als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen und Hinweisen aus der Praxis betreffend die Tätigkeit der GPA nachzugehen.

Zu Punkt 3 a) der TO:

Aktuelle Lage der Kommunalfinanzen

Bürgermeister **Kuper**, Rietberg, zitiert aus der Tagespresse die Meldungen über die Pressekonferenz, mit der die Finanzprognose der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände veröffentlicht worden ist.

Beigeordneter **Hamacher** weist in Ergänzung auf die Tischvorlage hin, mit der die Ergebnisse der Finanzprognose der Bundesvereinigung allen Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben worden sind (als **Anlage 2** nochmals der Niederschrift beigelegt). Nach dieser Finanzprognose erwarten die Kommunen bundesweit im Jahr 2009 einen Finanzierungssaldo von -4,45 Mrd. Euro. Nach Einschätzung des StGB NRW ist dieser Finanzierungssaldo noch zu niedrig, weil in früheren Prognosen noch von einem Finanzierungssaldo von rd. -6,7 Mrd. Euro ausgegangen worden ist. Deutliche Verbesserungen im Jahresverlauf 2009 sind aber nicht zu verzeichnen gewesen.

Für 2010 wird ein kommunaler Finanzierungssaldo von rd. -12 Mrd. Euro erwartet. Problematisch sei, dass in NRW seit Ende 2008 keine aktuelle kommunale Kassenstatistik zu diesem Finanzierungssaldo mehr vorliegt. IT.NRW begründet dies mit der Umstellung auf das NKF und der schlechten Datenbasis, die aus den Kommunen geliefert werde.

Die Ausschussmitglieder sind sich darin einig, dass derzeit ein großes Presseinteresse an der Thematik der Kommunalfinanzen bestehe. Hintergrund ist eine sich jetzt deutlicher abzeichnende Praxisauswirkung für die Bürgerinnen und Bürger. Beigeordneter Hamacher weist auf das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ hin, welches aus den rheinischen Großstädten und den Ruhrgebietskommunen besteht. Das Aktionsbündnis veranstaltet am 19.02.2010 eine Fachtagung mit dem Titel „Wege aus der Kommunalverschuldung“. Die Einladung ist als **Anlage 3** der Niederschrift nochmals beigefügt. Parallel zu den Bemühungen der Großstädte laufen selbstverständlich auch dauernd Gespräche der kommunalen Spitzenverbände mit der Staatskanzlei, dem Innenministerium und dem Finanzministerium. Es müsse nach Einschätzung der Spitzenverbände vor allem darum gehen, eine Entlastung bei der sozialen Grundlast zu erreichen und daneben flankierend eine Altschuldenhilfe. Diese ist allerdings nur sinnvoll bei einer strukturellen Haushaltskonsolidierung, da in der derzeitigen Situation die Schulden sehr schnell wieder angehäuft würden. Der StGB NRW wird seine Forderungen im Zusammenhang mit der kommunalen Finanzsituation u. a. an prominenter Stelle anlässlich des Gemeindegkongresses am 23./24.03.2010 präsentieren.

Bürgermeister **Dr. Strothmann**, Beckum, regt an, dass der Finanzausschuss konkrete Forderungen benennt. Er schlägt vor, eine finanzielle Entlastung im Bereich SGB II und bei der Finanzierung der Lasten der Einheit zu fordern. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem SGB II seien eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und gehörten in die Zuständigkeit des Bundes. Für die Solidarpakt II-Mitfinanzierung durch die Kommunen in den alten Ländern gebe es 20 Jahre nach der Deutschen Einheit keine Rechtfertigung mehr.

Beigeordnete/Stadtkämmerin **Klug**, Wesel, weist auf das Essener Signal hin, welches anlässlich der Fachtagung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ präsentiert werden soll. Viele der Forderungspunkte würden auch in dem Essener Signal enthalten sein. Nach ihrer Auffassung ist ein weiterer Problempunkt die Verteilung der Bildungslasten, die im kreisangehörigen Bereich in den letzten Jahren zu einer deutlichen Benachteiligung der gemeindlichen Ebene geführt habe.

Stadtkämmerer **Thelen**, Pulheim, problematisiert die immer weiter steigenden Standards, gegen die auch das Konnexitätsprinzip keine wirksame Abwehrstrategie darstelle. Auch er geht auf die Solidarlasten ein, die in Kerpen in Summe ungefähr die Höhe des Schuldenstandes erreichen. Er schlägt vor, eine Schuldenentlastung in Höhe der Zahlungen für den Solidarpakt nach Vorbild des Rettungsschirms des Bundes für die Banken einzufordern.

Bürgermeister **Walter**, Warendorf, unterstreicht, dass die Entschuldung nur hilft, wenn strukturelle Verbesserungen greifen. Es müsse eine Entlastung auf der Aufwandsseite erreicht werden, auch wenn es nach seiner Wahrnehmung in einigen Kommunen hausgemachte Probleme gebe.

Beigeordneter **Strotmeier**, Lippstadt, betont, dass die Aufgabenkritik und der Standardabbau von der Politik auf Bundes- und Landesebene endlich angepackt werden müssen. Wir dürften uns zum einen keine weiteren neuen Standards leisten, aber auch bestehende Landesprogramme müssten durchgeforstet werden, als Stichwort nannte er hier die Regionalen.

Ratsmitglied, **Ruppert**, Haan, geht auf die problematische Ausgabenseite ein. Nach seiner Einschätzung wird der Verband die Forderung der Abwälzung der Finanzverantwortung für den gesamten Bereich SGB II auf den Bund nicht durchsetzen. Er weist in dem Zusammenhang auf 80 Mrd. Euro Neuverschuldung des Bundes hin. Alle öffentlichen Haushalte seien

unterfinanziert. Auch nach seiner Auffassung müsse die Chance der öffentlichen Wahrnehmung genutzt werden, um zu strukturellen Verbesserungen zu kommen. Er geht auf die Volatilität der Gewerbesteuer ein und weist darauf hin, dass diese nicht nur bei der Entwicklung der Gesamterträge feststellbar sei, sondern auch bei den differenzierten Aufkommensbetrachtungen in den einzelnen Gemeinden des Landes.

Beigeordneter **Hartmann**, Paderborn, unterstützt den Vorschlag von Dr. Strothmann und schlägt vor, die Problematik der Kostenentwicklung bei der U3-Betreuung noch aufzunehmen.

Beigeordneter **Hamacher** fasst abschließend zusammen, dass alle diskutierten Punkte nach seiner Auffassung berechtigt seien, problematisch sei allerdings eine Prioritätensetzung. Die Vorschläge von Herrn Dr. Strothmann werden hinsichtlich der Erfolgsaussichten pessimistisch eingeschätzt, da sich schon bei der Diskussion mit dem Land über die kommunalen Solidarlasten gezeigt habe, dass hier keine Bewegung zugunsten der Kommunen erreicht werden kann. Auch für die Aufkündigung des Solidarpakts II durch die Kommunen gebe es keine Verbündete auf Bundesebene.

Der Ausschuss kommt dennoch darin überein, die Forderungen nach der alleinigen Finanzverantwortung des Bundes für die Aufgabenbereiche des SGB II und ein Ende der kommunalen Beteiligung am Solidarpakt II als Forderungen des Ausschusses zu formulieren. Die Geschäftsstelle soll diese Forderungen bei der Formulierung der Vorberichte für die Präsidiumssitzung Ende März berücksichtigen.

Zu Punkt 4 der TO:

Einheitslastenabrechnungsgesetz

Beigeordneter **Hamacher** erläutert den Vorbericht. Er weist insbesondere auf das Protokoll zu der Sachverständigenanhörung vom 13.01.2010 hin, welches unter der Landtagsdrucksache [APr 14/1039](#) auf der Homepage des Landtags NRW abrufbar ist. Das Einheitslastenabrechnungsgesetz soll bereits am 03.02.2010 in abschließender Lesung den Landtag passieren; die Auszahlungen sollen nach Information aus dem Innenministerium bereits Ende Februar erfolgen. Die Frage sei, wie der Verband sich zu dem Inkrafttreten des Gesetzes in der dargestellten Form positionieren soll. Die Geschäftsstelle empfiehlt, eine Musterverfassungsbeschwerde im Hinblick auf die Festsetzungen zur Höhe der Solidarlasten des Landes und damit zusammenhängend der kommunalen Beteiligung zu unterstützen. Die interkommunale Verteilung soll nicht mehr angegriffen werden. Die Geschäftsstelle schlägt vor, die Musterverfassungsbeschwerde, die gemeinsam mit den anderen beiden Spitzenverbänden unterstützt werden sollte, solidarisch von den Mitgliedstädten und -gemeinden finanzieren zu lassen. Eine Umlage sollte – anders als bei der Finanzierung der Gutachten – größenabhängig erfolgen.

Der Ausschuss stimmt nach kurzer Aussprache dieser Empfehlung einstimmig zu.

Zu Punkt 5 der TO:

Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung

Hauptreferent **Wohland** erläutert den Vorbericht. Er stellt insbesondere den in der Arbeitsgruppe der Finanzreferenten des DStGB gefundenen Musterformulierungsvorschlag für eine verfassungsrechtliche Verankerung der kommunalen Mindestfinanzausstattung vor. Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss - bei Enthaltung der Stimme von Ratsmitglied **Ruppert**, Haan, zum dritten Absatz des Beschlussvorschlags - einstimmig wie folgt:

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft begrüßt die Einführung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung als Signal für die Landespolitik, ernsthafte Haushaltskonsolidierung zu betreiben.

Es ist aber sicherzustellen, dass das Land die Einhaltung der Schuldenbremse durch eigene Konsolidierungsanstrengungen erreicht. Die kommunale Finanzausstattung muss hiervon unberührt bleiben.

Hierzu muss in der Landesverfassung geregelt werden, dass das Land eine finanzielle Mindestausstattung der Städte und Gemeinden gewähren muss, die unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes ist.

Zu Punkt 6 der TO:

Beteiligungssteuerung in öffentlichen Unternehmen

Hauptreferentin **Brandt-Schwabedissen** erläutert den Vorbericht.

Bürgermeister **Birkenkamp**, Ratingen, fragt nach, wie sich die Situation bei Zweckverbandsparkassen darstellen würde.

Hauptreferentin **Brandt-Schwabedissen** führt aus, dass in diesem Fall die Kommunen nicht in der Pflicht sind, sondern die rechtlichen Verpflichtungen aus dem Gesetz den Zweckverband treffen würden.

Erste Landesrätin **Hötte**, LVR, äußert ihr Bedauern, dass die Beschaffungsgesellschaften in dem Gesetzgebungsverfahren nicht Eingang in das Gesetz gefunden haben. Einerseits sollen die Kommunen ihre Haushalte konsolidieren, andererseits gibt das Land nicht die erforderlichen Instrumente hierzu in die Hand. Sie wirbt insbesondere nochmals für die Möglichkeit, dass sich die Landschaftsverbände oder auch Kommunen an der Einkaufsgenossenschaft Krankenhauswesen beteiligen können.

Sodann wird der Beschluss einstimmig wie folgt gefasst:

- 1. Mit Blick auf das Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Land Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz) stellt der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft fest, dass kommunale Unternehmen einschließlich der Sparkassen einer hinreichenden demokratischen Kontrolle durch die gewählten Vertretungen der Trägerkommunen unterliegen. Der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft hält deshalb die das Gesetz tragende Begründung für verfehlt, nach der bei kommunalen Unternehmen ein Defizit an Transparenz und demokratischer Kontrolle besteht.*
- 2. Der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft nimmt die im Public Corporate Governance Kodex (PCGK) festgelegten Regelungen zur Steuerung kommunaler Unternehmen zustimmend zur Kenntnis. Sie tragen wesentlich zu einer effektiven Steuerung der kommunalen Unternehmen sowie zur Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit bei. Der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft begrüßt die Absicht der Geschäftsstelle, den PCGK den Mitgliedern mit der Bitte zur Verfügung zu stellen, den Kodex zu übernehmen und umzusetzen.*

Zu Punkt 7 der TO:

Neues Kommunales Finanzmanagement – Stand der Evaluation, insbesondere Gesamtabchluss nach § 116 GO

Wegen der vorgerückten Zeit beschließt der Ausschuss, den Tagesordnungspunkt 7 zu verschieben. Ministerialrat **Quasdorff**, IM NRW, sagt zu, auch an der nächsten Sitzung am 14.04.2010 in Kerpen als Gesprächspartner hierfür zur Verfügung zu stehen.

Zu Punkt 8 der TO:

Organisation der Programmprüfung gem. § 103 Abs. 1 Ziffer 6 GO

Hauptreferent **Wohland** erläutert den Vorbericht.

Ministerialrat **Quasdorff**, IM NRW, teilt die rechtliche Einschätzung und sieht ebenfalls einen Bedarf an Hilfestellung für die örtliche Rechnungsprüfung bei der Programmprüfung. Die Probleme mit der Software-Prüfung seien allerdings mitunter komplex und nach seiner Einschätzung nicht immer zentral zu klären.

1. Beigeordneter/Kämmerer **Schiefer**, Erkrath, erläutert, dass nach seiner Auffassung die gesamte Vorschrift des § 103 Abs. 1 Ziffer 6 GO nicht mehr in die kommunale Landschaft der Rechnungsprüfung passt. Problematisch sei die sehr heterogene Software-Landschaft im Lande, die die örtliche Rechnungsprüfung in jedem Fall überfordere.

Bürgermeister **Hansen**, Hünxe, führt aus, dass in seiner Kommune das Rechenzentrum die Aufgabe für die kommunalen Mitglieder erledige. Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss, dass die Geschäftsstelle Gespräche mit dem Innenministerium und der GPA führen solle, um zu prüfen, welche Art und welcher Umfang der Programmprüfung heute noch sinnvoll und leistbar ist und welche Zentralisierung Sinn mache.

Herr **Haßenkamp**, GPA NRW, signalisiert, dass sich auch die GPA der Problematik annehmen wolle.

Zu Punkt 9 der TO:

Bericht aus der ifo-Kommission

Auch Punkt 9 wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Zu Punkt 10 der TO:

Verschiedenes

a) Belastung durch Kreisumlage / Rechtsschutzmöglichkeiten

Es wird auf Anregung von Beig./Stadtkämmerin **Klug**, Wesel, ein Erfahrungsaustausch darüber durchgeführt, wie die Kreise mit der Ausgleichsrücklage zur Deckung des Haushaltsdefizits umgehen. Aus den Kreisen Euskirchen, Paderborn und dem Hochsauerland Kreis wird gemeldet, dass die Kreise nicht auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen, sondern ihr Defizit über eine Erhöhung der Umlage vollständig auf die kreisangehörigen Kommunen abwälzen. Im Kreis Euskirchen gebe es das Sonderproblem, dass dem Kreis die Überschuldung drohe. Aus dem Rhein-Erft-Kreis wird ein Rückgriff auf die

Ausgleichsrücklage gemeldet. Die Landschaftsverbände greifen ebenfalls die Ausgleichsrücklage zum Haushaltsausgleich an.

b) Haushaltsumfrage 2009/2010

Beigeordneter **Hamacher** erläutert den Stand der Vorbereitungen für die aktuelle Haushaltsumfrage des Verbandes für das Haushaltsjahr 2009 und 2010. Es ist ein Umfragetool in Vorbereitung, welches eine elektronische Verarbeitung der Umfrageergebnisse ermöglicht. Das Tool soll in der nächsten Woche fertig gestellt sein, so dass die Umfrage starten könne. Die Geschäftsstelle werde einen Probedurchlauf für die Umfrage unter den Ausschussmitgliedern durchführen, um die Praxistauglichkeit zunächst einmal zu testen.

c) Veranstaltung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“

Siehe hierzu TOP 3 a).

d) Konjunkturpaket II – Aktueller Sachstand

Dieser Punkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Zu Punkt 11 der TO:

Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft wird am 14.04.2010 um 10:00 Uhr im Rathaus der Stadt Kerpen stattfinden.

Anlagen

*Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft
des Städte- und Gemeindebundes*

3. Februar 2010

**Informationen der GPA NRW
zur Weiterentwicklung der
überörtlichen Prüfung**

*Werner Haßenkamp
Präsident der GPA NRW*

Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, StGB 3.2.2010

Weiterentwicklung

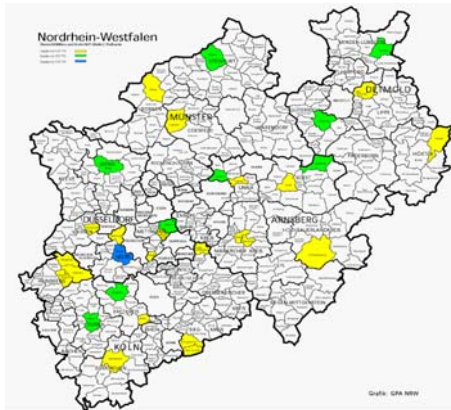
**Ziel der GPA NRW ist, die Kommunen in ihren Bemühungen
um Konsolidierung zu unterstützen:**

- *Produktorientierte Empfehlungen auf der Basis einer Bilanz- und Risikoanalyse berücksichtigen die individuellen, strukturellen Gegebenheiten.*
- *Die Trennung in Basis- und Ergänzungsprüfung eröffnet Spielräume für aktuelle Themen (derzeit Informationstechnik) und trägt dazu bei, den Kommunen kurzfristig gute Lösungen aufzuzeigen.*
- *Das bisherige „KIWI-Tableau“ wird ersetzt, die „Lesbarkeit“ von Berichten wird optimiert (z.B. Agenda der Empfehlungen) – dies erleichtert den schnellen Überblick.*

Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, StGB 3.2.2010

Prüfgebiete ab 02/2010

ab Mitte Februar 2010 führt die GPA NRW in 19 mittleren und 10 großen kreisangehörigen Kommunen – Prüfungen erstmals auf NKF-Basis durch (Voraussetzung ist, dass der Jahresabschluss 2007 vorliegt)

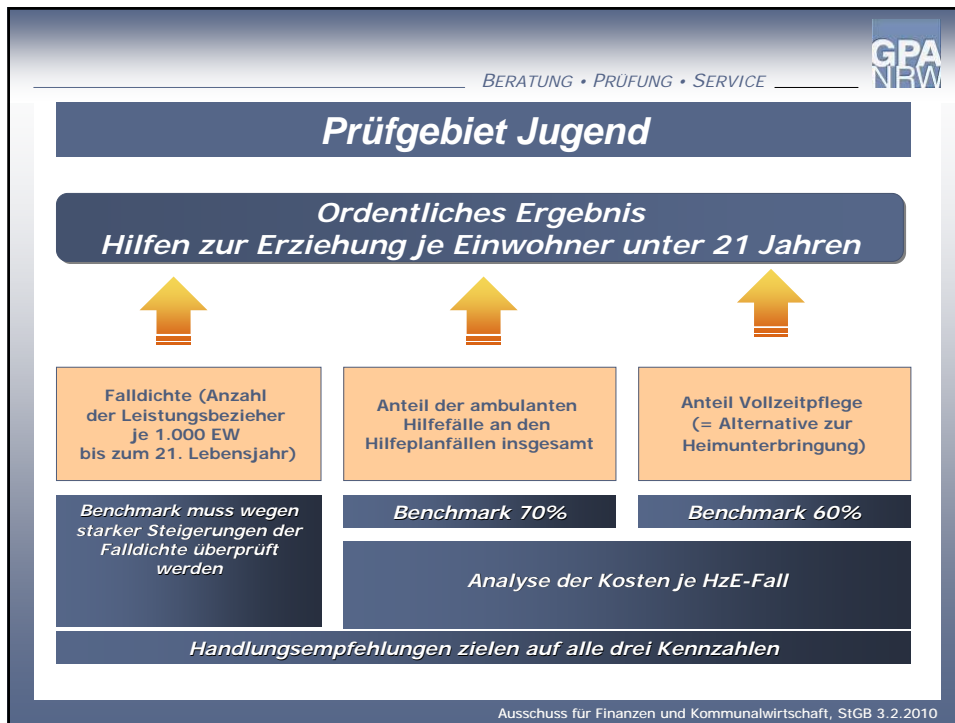


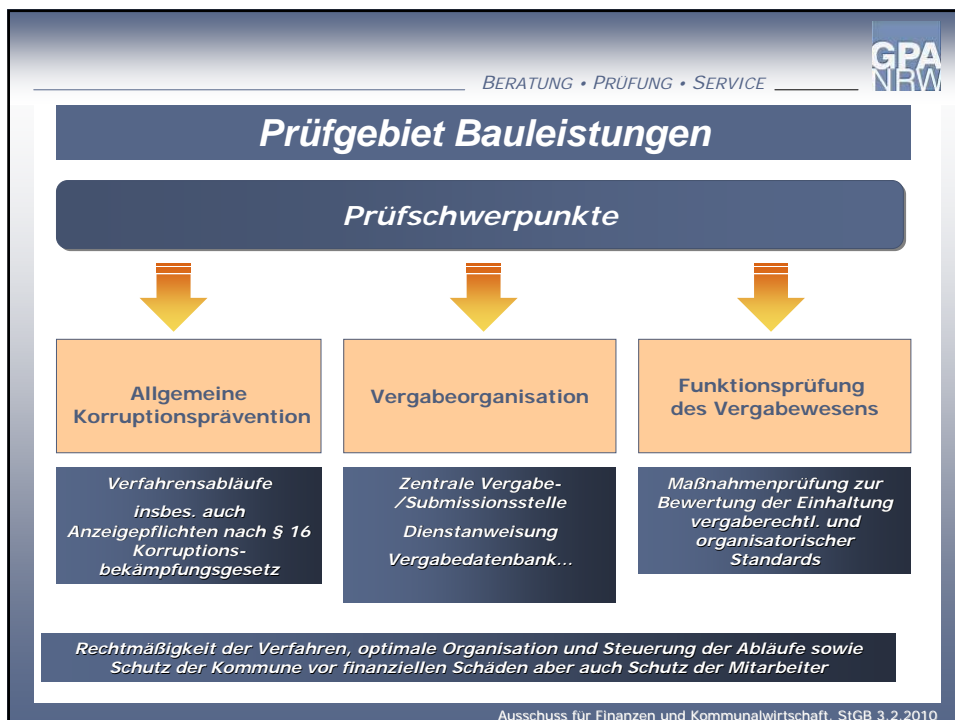
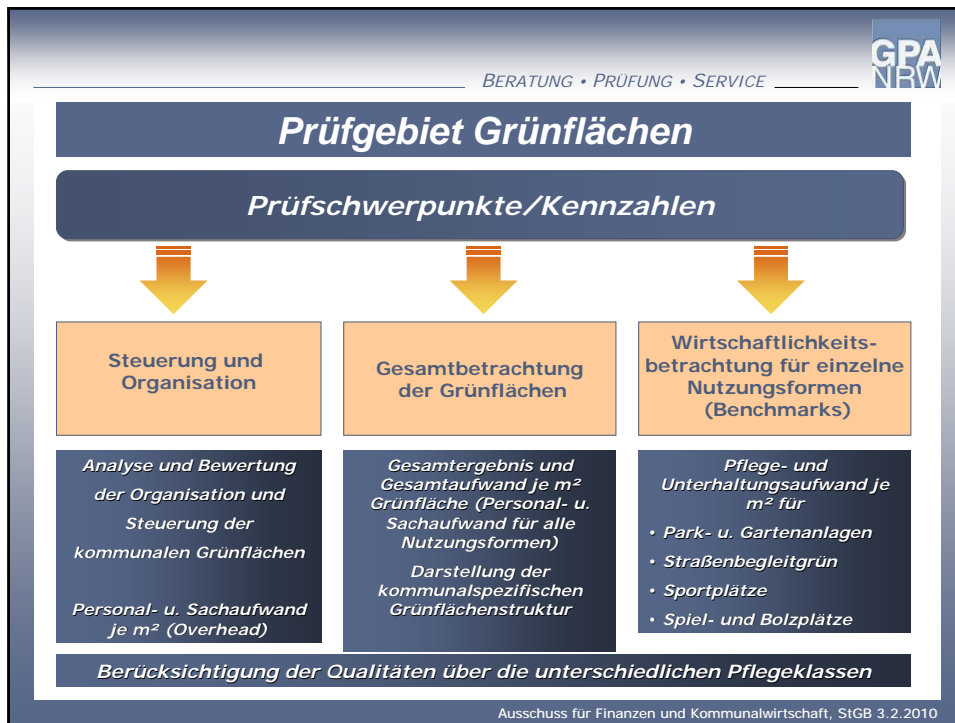
Prüfgebiete:

- **Haushalts- und Strukturprüfung**
- **Prüfgebiet Jugend**
- **Prüfgebiet Gebäudewirtschaft**
- **Prüfgebiet Bauleistungen / Grünflächen**

Haushalts- und Strukturprüfung ab 02/2010

- **Strukturprüfung**
 - *Herausarbeiten/Darstellung der strukturellen Restriktionen für kommunale Finanzoutputs*
 - *Ermöglichung von Clusterung und fairem Vergleich*
 - *Berücksichtigung von Korrelationen bei Benchmarking und Potenzialberechnung*
 - *positive Resonanz aus kommunaler Expertenrunde*
- **Haushaltsprüfung (Bilanz- und Risikoanalyse)**
 - *Analyse der haushaltswirtschaftlichen Situation der Kommune einschließlich Identifikation von Risiken und Belastungen für die zukünftige Haushaltswirtschaft z.B. ...*





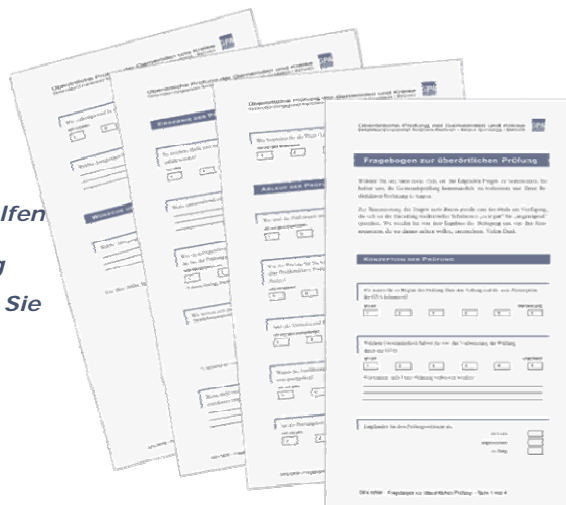
Weitere Planungen

- **ab August 2010:**
Prüfung der 31 Kreise und der beiden Landschaftsverbände
- **voraussichtlich ab 2011:**
Prüfung der kleinen kreisangehörigen Kommunen
- **dazu parallel Prüfungen:**
 - der Eröffnungsbilanz
 - der Zahlungsabwicklung
 - der Staatszuweisungen
- **Ergänzungsprüfung IT**
- **Prüfung der Zweckverbände**
- **Prüfung der Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**
- **Beratungen auf vertraglicher Basis**

Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, STGB 3.2.2010

Feedbacks

Ihre Feedbacks helfen bei unserer Weiterentwicklung
Bitte unterstützen Sie uns durch Ihre Rückmeldung



Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, STGB 3.2.2010

*herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit*

Tabelle 1: **Kommunal финанzen 2008 bis 2010 in den alten und den neuen Ländern** ¹⁾

<i>Einnahmen/Ausgaben</i>	2008	2009	2010	2009	2010
	<i>Mrd. €</i>			<i>+/- %</i>	
Einnahmen ²⁾	174,90	171,30	168,85	-2,1	-1,4
<u>darunter:</u>					
Steuern	70,39	63,25	60,05	-10,2	-5,0
<i>darunter:</i>					
<i>Gewerbesteuererinnahmen</i>	31,14	25,75	24,65	-17,4	-4,3
<i>Einkommensteueranteil</i>	25,87	23,95	21,65	-7,4	-9,8
<i>Umsatzsteueranteil</i>	3,20	3,20	3,25	0,5	1,5
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Brutto-Gewerbesteueraufkommen</i>	37,48	30,65	29,75	-18,3	-2,9
Gebühren	15,69	15,70	15,90	0,1	1,1
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	51,30	53,40	51,80	4,1	-3,0
Investitionszuweisungen von Land/Bund	8,00	8,15	11,55	1,8	41,6
Sonstige Einnahmen	29,50	30,80	29,60	4,4	-4,0
Ausgaben ²⁾	167,30	175,75	180,90	5,1	2,9
<u>darunter:</u>					
Personal	42,21	44,25	45,30	4,8	2,4
Sachaufwand	34,51	36,60	37,20	6,0	1,6
Soziale Leistungen	38,54	39,80	41,60	3,3	4,6
Zinsen	5,16	4,45	4,85	-13,8	8,9
Sachinvestitionen	20,75	21,10	24,10	1,7	14,2
<i>davon:</i>					
<i>Baumaßnahmen</i>	15,74	16,05	19,45	1,9	21,2
<i>Erwerb von Sachvermögen</i>	5,02	5,05	4,65	0,9	-7,9
Sonstige Ausgaben	26,13	29,60	27,90	13,2	-5,7
Finanzierungssaldo	7,60	-4,45	-12,05	x	x

¹⁾ In den Flächenländern (ohne Stadtstaaten); für das 4. Quartal 2009 und das Jahr 2010 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Schätzergebnisse auf 50 Mio. Euro gerundet. -

²⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle 2: **Kommunal финанzen 2008 bis 2010 in den alten Ländern** ¹⁾

Einnahmen/Ausgaben	2008	2009	2010	2009	2010
	Mrd. €			+/- %	
Einnahmen ²⁾	145,98	142,85	140,50	-2,1	-1,6
darunter:					
Steuern	63,26	56,75	53,70	-10,3	-5,4
<i>darunter:</i>					
<i>Gewerbesteuererinnahmen</i>	27,94	23,00	21,90	-17,7	-4,8
<i>Einkommensteueranteil</i>	23,71	22,00	19,80	-7,2	-10,0
<i>Umsatzsteueranteil</i>	2,72	2,75	2,80	1,3	1,5
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Brutto-Gewerbesteuererinnahmen</i>	33,98	27,60	26,70	-18,7	-3,3
Gebühren	13,72	13,70	13,90	0,0	1,4
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	38,41	39,95	39,10	4,0	-2,1
Investitionszuweisungen von Land/Bund	5,05	5,50	7,90	8,8	43,7
Sonstige Einnahmen	25,54	26,90	25,90	5,4	-3,9
Ausgaben ²⁾	140,68	148,15	152,40	5,3	2,9
darunter:					
Personal	34,93	36,55	37,45	4,6	2,5
Sachaufwand	29,54	31,40	31,95	6,3	1,7
Soziale Leistungen	32,41	33,50	35,05	3,4	4,6
Zinsen	4,46	3,90	4,25	-13,0	10,0
Sachinvestitionen	16,99	17,35	19,95	2,0	15,3
<i>davon:</i>					
<i>Baumaßnahmen</i>	12,58	12,85	15,85	2,1	23,4
<i>Erwerb von Sachvermögen</i>	4,41	4,50	4,10	1,7	-8,0
Sonstige Ausgaben	22,36	25,50	23,70	14,0	-7,0
Finanzierungssaldo	5,30	-5,30	-11,90	x	x

¹⁾ In den Flächenländern (ohne Stadtstaaten); für das 4. Quartal 2009 und das Jahr 2010 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Schätzergebnisse auf 50 Mio. Euro gerundet. -

²⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle 3: **Kommunalfinanzen 2008 bis 2010 in den neuen Ländern** ¹⁾

<i>Einnahmen/Ausgaben</i>	2008	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	<i>Mrd. €</i>			<i>+/- %</i>		<i>in v.H. des Westniveaus</i> ³⁾	
Einnahmen ²⁾	28,91	28,45	28,35	-1,6	-0,4	95,9	97,1
<u>darunter:</u>							
Steuern	7,13	6,45	6,35	-9,4	-1,7	54,8	56,9
<i>darunter:</i>							
<i>Gewerbsteuereinnahmen</i>	3,20	2,75	2,75	-14,3	0,0	57,4	60,3
<i>Einkommensteueranteil</i>	2,16	1,95	1,85	-9,0	-7,0	42,9	44,4
<i>Umsatzsteueranteil</i>	0,48	0,45	0,45	-3,9	1,5	80,5	80,5
<i>nachrichtlich:</i>							
<i>Brutto-Gewerbsteueraufkommen</i>	3,51	3,00	3,05	-14,0	0,9	52,6	54,8
Gebühren	1,97	2,00	1,95	0,5	-0,9	69,5	67,9
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	12,90	13,45	12,70	4,4	-5,8	162,2	156,1
Investitionszuweisungen von Land/Bund	2,95	2,65	3,65	-10,2	37,3	232,0	221,7
Sonstige Einnahmen	3,96	3,90	3,70	-1,7	-4,6	69,7	69,2
Ausgaben ²⁾	26,61	27,60	28,50	3,7	3,3	89,7	90,0
<u>darunter:</u>							
Personal	7,28	7,70	7,85	5,9	1,7	101,6	100,8
Sachaufwand	4,97	5,20	5,25	4,4	1,2	79,5	79,1
Soziale Leistungen	6,13	6,30	6,55	2,5	4,3	90,2	89,9
Zinsen	0,70	0,55	0,55	-19,0	1,3	69,9	64,4
Sachinvestitionen	3,77	3,75	4,15	0,1	9,4	104,8	99,4
<i>davon:</i>							
<i>Baumaßnahmen</i>	3,16	3,20	3,60	1,1	12,3	119,7	108,9
<i>Erwerb von Sachvermögen</i>	0,61	0,60	0,55	-5,0	-6,7	62,1	63,0
Sonstige Ausgaben	3,77	4,10	4,15	8,3	2,0	77,1	84,5
Finanzierungssaldo	2,30	0,85	-0,15	x	x	x	x

¹⁾ In den Flächenländern (ohne Stadtstaaten); für das 4. Quartal 2009 und das Jahr 2010 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Schätzergebnisse auf 50 Mio. Euro gerundet. -

²⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser. -

³⁾ Berechnet für jeweilige Einnahmen und Ausgaben in € je Einwohner.

Tagungsort:

Messe Essen – Congress Center Ost
Messehaus Ost Norbertstraße
45131 Essen



Tagungsbeitrag:

Es wird ein Tagungsbeitrag von € 30,-- erhoben. Diesen überweisen Sie bitte unter Angabe Ihres Namens und der „**Vertragskontonummer 440002806436**“ als Verwendungszweck auf das Konto der Stadt Essen bei der Sparkasse Essen BLZ 360 501 05 Kto.Nr. 560 003

Zum Thema:

Die kommunale Finanznot ist im Zeichen der globalen Wirtschaftskrise wieder ein zentrales Thema geworden, das inzwischen auch eine breitere Öffentlichkeit mit Sorge begleitet.

In den großen Städten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes, die bereits seit Jahren mit strukturellen Defiziten umgehen müssen, erreicht die Haushaltsnotlage nun eine neue Dimension: Immer mehr Städten droht die Überschuldung, also der vollständige Verzehr des bilanziellen Eigenkapitals und damit ein Ende der Handlungsfähigkeit. Die kommunale Selbstverwaltung insgesamt steht damit vor einer bislang unbekanntem Herausforderung.

Die Fachtagung „Wege aus der Kommunalverschuldung“ stellt sich in die Tradition der seit 2001 vorgelegten – mittlerweile vier – Memoranden. Die Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes wollen sich aber nicht auf Forderungen beschränken, sondern haben sich zu dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ zusammengeschlossen, in dem Bewusstsein, dass es erheblicher Eigenanstrengungen bedarf um die finanziellen Probleme zu bewältigen. Aufgrund der vorhandenen Altschulden und massiver struktureller und demographischer Nachteile der Städte in dieser Region bedarf es auch übergreifender Antworten.

So hat das Aktionsbündnis Ende 2009 Vorschläge zur „Lösung des Altschuldenproblems“ vorgelegt, die im Rahmen dieser Fachtagung auch mit führenden Vertretern aus Wissenschaft, Bund, Land und kommunaler Praxis diskutiert werden sollen.

Einladung

„Wege aus der
Kommunalverschuldung“

Eine Fachtagung
des Aktionsbündnisses
„Raus aus den Schulden“



**Aktionsbündnis:
Raus aus den Schulden!**

**Aktionsbündnis:
Raus aus den Schulden!**

Tagungsprogramm

Freitag, 19. Februar 2010, Messe Essen

- 10:00 Uhr Begrüßung**
Reinhard Paß,
Oberbürgermeister der Stadt Essen
- 10:15 Uhr Die Arbeit der Memorandumstädte**
Uwe Bonan,
Kämmerer der Stadt Mülheim an der Ruhr
- 10:30 Uhr Vorrang für eine solide Haushaltspolitik**
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, RWI,
*Präsident des Rheinisch-Westfälischen
Instituts für Wirtschaftsforschung,
Mitglied des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung*
- 10:45 Uhr Städtische Finanznot und kein Ende?**
Oberbürgermeisterin Petra Roth,
Präsidentin Deutscher Städtetag
- 11:15 Uhr Wege aus der kommunalen Schuldenfalle**
Prof. Dr. Martin Junkernheinrich,
Universität Kaiserslautern
- 11:45 Uhr Diskussion**
- 12:30 Uhr Mittagspause (mit Imbiss)**
– parallel Pressekonferenz

13:30 Uhr Foren (parallel)

Forum I Kommunaler Entschuldungsfonds

Jürgen Büssow,
*Regierungspräsident,
Bezirksregierung Düsseldorf*
Prof. Dr. Martin Junkernheinrich,
Florian Boettcher M.A.,
Universität Kaiserslautern
Dr. Johannes Slawig,
Kämmerer der Stadt Wuppertal
Moderation:
Dr. Peter Langner,
Kämmerer der Stadt Duisburg

Forum II Soziale Transferleistungen

Dr. Ralf Brauksiepe,
*Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
Berlin*
Prof. Dr. Niels Korte,
Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin
Gerhard Micosatt,
*Institut FORA Forschungsgesellschaft für
Raumfinanzpolitik, Bottrop*
Moderation:
Lars Martin Klieve,
Kämmerer der Stadt Essen

Forum III Kommunale Eigenanstrengungen

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke,
*Kommunalwissenschaftliches Institut der
Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster;*
Ministerialdirigent Johannes Winkel,
*Abteilungsleiter im Innenministerium des
Landes Nordrhein Westfalen*
Ralf Weeke,
Kämmerer der Stadt Solingen
Moderation:
Dr. Manfred Busch,
Kämmerer der Stadt Bochum

14:30 Uhr Perspektiven der Kommunal Finanzen aus
Sicht der Landesregierung

Dr. Helmut Linssen,
*Finanzminister des Landes
Nordrhein-Westfalen*

anschl. Diskussion

15:30 Uhr Resümee und „Essener Signal“

16:00 Uhr Schlusswort

Dagmar Mühlenfeld,
*Oberbürgermeisterin der Stadt
Mülheim an der Ruhr und
Sprecherin des Aktionsbündnisses*

Anmeldung zur Fachtagung „Wege aus der Kommunalverschuldung“

per Fax an

Stadt Essen, Fax Nr. 0201-88 88 210

per E-Mail an

gunther.paas@gbv2.essen.de

postalisch an

Stadt Essen
Büro GBV 2
"Kennwort Fachtagung"
45121 Essen

- Hiermit melde ich mich zur Fachtagung
„Wege aus der Kommunalverschuldung“
am 19. Februar 2010 in Essen an.

Bitte teilen Sie uns außerdem mit, an welchem der drei
Foren Sie teilnehmen möchten:

- Forum I Kommunaler Entschuldungsfonds
 Forum II Soziale Transferleistungen
 Forum III Kommunale Eigenanstrengungen

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen:

Name, Vorname

Institution

Adresse

E-Mail

Unterschrift



Anwesenheitsliste
140. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft
am 03.20.2010 in Voerde

Ordentliche Mitglieder:

Bürgermeister	Baumann, Breckerfeld	entschuldigt
1. Beig./Kämmerer	Dr. Blau, Gummersbach	entschuldigt
Bürgermeister	Diks, Emmerich	entschuldigt
Fraktionsvorsitzender	Dreischenkemper, Reken	
Beig./Kämmerer	Freytag, Brühl	
Bürgermeister	Hachmann, Rahden	entschuldigt
Bürgermeister	Hansen, Hünxe	
Bürgermeister	Heller, Detmold	entschuldigt
Beigeordnete/ Stadtkämmerin	Klug, Wesel	
1. Beig./Kämmerer	Knopp, Kerpen	
Fraktionsvorsitzender	Koch, Beckum	
Bürgermeister	Kuper, Rietberg	
Bürgermeister	Lührmann, Borken	

1. Beig./Kämmerer	Mecklenbrauck, Bergkamen	
Bürgermeister	Müller, Plettenberg	
Bürgermeister	Oberbüscher, Engelskirchen	entschuldigt
Bürgermeister	Pracht, Nettersheim	entschuldigt
Fraktionsvorsitzender	Ruppert, Haan	
1. Beig./Kämmerer	Schiefer, Erkrath	
Kämmerer	Schulz, Overath	entschuldigt
Bürgermeister	Spitzer, Voerde	
Bürgermeister	Dr. Strothmann, Beckum	
1. Beig./Stadtkämmerer	Strotmeier, Lippstadt	
1. Beigeordneter	Vogt, Kaarst	entschuldigt

Stellvertreter:

1. Beigeordneter	Abruszat, Porta Westfalica	
Ratsmitglied	Bachmann, Rösrath	
Bürgermeister	Borghorst, Geilenkirchen	
1. Beig./Kämmerer	Hoffmann, Hilchenbach	entschuldigt
Bürgermeister	Janssen, Geldern	entschuldigt
Bürgermeister	Klaus, Schieder-Schwalenberg	entschuldigt

Bürgermeisterin	Kleine-Döpke-Güse, Bünde	
Fraktionsvorsitzender	Kolmorgen, Dormagen	
Beigeordneter	König, Schmallenberg	
Ratsmitglied	Matthies, Porta Westfalica	
1. Beig./Stadtkämmerer	Mölle, Unna	entschuldigt
Bürgermeister	Müller, Olpe	entschuldigt
Fraktionsvorsitzender	Nußbaum, Weilerswist	
Bürgermeister	Öhmann, Coesfeld	
Bürgermeister	Rauen, Wettringen	entschuldigt
Stadtkämmerer	Schmitz, Euskirchen	
Bürgermeister	Stickeln, Warburg	
Stadtkämmerer	Thelen, Pulheim	
Bürgermeister	Thiele, Hilden	entschuldigt
Bürgermeister	Vennemeyer, Greven	entschuldigt
Fraktionsvorsitzender	Wagener, Bad Salzuflen	
Bürgermeister	Walter, Warendorf	
Beigeordneter	Werbter, Odenthal	entschuldigt

Gäste:

Erster Landesrat

Dr. Baur, LWL

entschuldigt

Kämmerer

Benkmann, Detmold

Bürgermeister

Birkenkamp, Ratingen

Beigeordneter

Hartmann, Paderborn

Präsident

Haßenkamp, GPA NRW

Erste Landesrätin

Hötte, LVR

Referatsleiter

Kötterheinrich, LWL

~~Ltd.~~ Ministerialrat

Quasdorff
Mnich, IM NRW

Geschäftsführer

Moraing, VKU

LGF

Kleerbaum, KPV

Univ.-Prof.

Dr. Oebbecke, Uni Münster

Bürgermeister

Rolfsmeyer, Hiddenhausen

Bürgermeister

Dr. Ruthemeyer, Soest

Kämmerer

Thoenes, Moers

Geschäftsstelle:

Beigeordneter

Hamacher

Hauptreferent

Wohland

Hauptreferentin

Bandt-Fluwerdissen

Bandt-Fluwerdissen